

klar.links

Die Linke

Friedrichshain-
Kreuzberg

Am
23. Februar
Pascal Meiser
und
Die Linke
wählen

Die Preise müssen runter.

Der Wocheneinkauf, die Strom- und Heizungsrechnungen und die immer weiter steigenden Preise für Bus und Bahn werden für immer mehr Menschen zu einem Riesen-Problem. Gerade erst hat der Schwarz-Rote Berliner Senat entschieden, das 9-Euro-Sozialticket auf 19 Euro im Monat anzuhäufeln. Das Sozialticket wurde unter der Linken-Senatorin Katja Kipping eingeführt, um der sozialen Spaltung in Berlin entgegenzuwirken. Es ist ein sozialpolitischer Skandal, dass ausgerechnet die Menschen in Berlin, die einen Anspruch auf ein Sozialticket haben, nun einen doppelt so teuren Preis zahlen müssen. Diese Preiserhöhung ist weder christlich noch sozial.

Doch die Preise für den ÖPNV sind nicht das einzige Problem. Während der Regierungszeit von Olaf Scholz sind die Lebensmittelpreise um fast 30 Prozent gestiegen. Viele stehen am Monatsende vor einem leeren Kühlschrank. Obwohl die Inflation wieder etwas gesunken ist, ist Butter so teuer wie nie. 250 Gramm Butter kostet ab 2,39 Euro. Das sind noch mal 10 Cent mehr als der Höchstpreis vor einem Jahr. Die, die eh schon knapsen müssen, müssen durch die hohen Lebens-

mittelpreise noch tiefer in die Tasche greifen. Gleichzeitig machen Lebensmittelkonzerne hohe Gewinne. Die Profite von Supermärkten und Lebensmittelkonzernen sind in den letzten Jahren explodiert. Allein der Lidl-Eigentümer Dieter Schwarz hat sein Vermögen in den letzten vier Jahren schätzungsweise verdoppelt. Und auch Energieunternehmen machen immer mehr Gewinne, während die Verbraucher*innen immer höhere Abschlagszahlungen leisten müssen.

Für uns ist klar: Die Preise müssen runter. Wir wollen die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, Hygieneprodukte, Bus und Bahn abschaffen und die Spekulation mit Lebensmitteln verbieten. Wir fordern Preiskontrollen für Energie und Lebensmittel und ein schärferes Kartellrecht. Bei Strom und Heizen soll der Durchschnittsverbrauch zu einem preisgünstigen Sockeltarif angeboten werden.

Es ist nämlich kein unumstößlicher Zustand, dass alles immer teurer wird. Politische Entscheidungen, können die



Grafik: Freepik/user1558154

Preisexplosionen stoppen oder sogar umkehren. Es braucht nur den Mut, sich gegen die vermeintliche Übermacht großer Konzerne zur Wehr zu setzen. Als Linke wollen wir diesen Mut aufbringen. Und wir sind im Gegensatz zu den anderen Parteien im Deutschen Bundestag auch nicht käuflich. Wir nehmen keine Unternehmensspenden an. Unsere Spender*innen sind unsere Mitglieder und Wähler*innen. Sie sind es auch, für die wir Politik machen, nicht für diejenigen, die sich Politik mit Geld kaufen können. Dafür treten wir auch bei der nächsten Bundestagswahl an. Wir zählen auf Ihre Stimme. Für ein gerechtes Morgen.



Kerstin Wolter,
Bezirksvorsitzende der
Linken Friedrichshain-
Kreuzberg



Meine Sicht.

Deutscher Mindestlohn unter EU-Vorgaben

Am 15. November ist die Frist zur Umsetzung der EU-Mindestlohnrichtlinie abgelaufen. Danach müsste der allgemeine gesetzliche Mindestlohn in Deutschland eigentlich bei 14,60 Euro brutto pro Stunde liegen. Tatsächlich sind es aber nur 12,41 Euro – mehr als 2 Euro weniger. Noch übler sieht es bei der Tarifbindung aus. Nach den EU-Vorgaben sollen 80 Prozent der Beschäftigten tarifliche Arbeitsbedingungen haben. In Deutschland gilt das aber gerade noch für die Hälfte der Arbeitnehmer*innen. Eigentlich müsste die Bundesregierung deshalb Maßnahmen auf den Weg bringen, um die Tarifbindung zu stärken. Doch in 3,5 Regierungsjahren hat die Ampel unter Bundeskanzler Olaf Scholz nichts getan. Das lange angekündigte »Tariftreuegesetz« für öffentliche Aufträge wird nicht kommen. Das ist ein Armutszeugnis für die Ampel-Parteien. Wir haben in Berlin gezeigt, dass es auch anders geht: Mit der Tariftreueklausel im Vergabegesetz und Wirtschaftsförderung nach dem Grundsatz »Öffentliches Geld nur für Gute Arbeit«. Und natürlich mit kräftigen Steigerungen beim Landesmindestlohn. Damit man von seiner Arbeit anständig leben kann.

Damiano Valgolio, Mitglied des
Abgeordnetenhauses für Die Linke

Die Anti-Mieter-Partei AFD rät:

Wer seine Miete nicht zahlen kann, soll die Wohnung kaufen

Wohnen macht arm, so das Ergebnis einer Studie, die der Wohlfahrtsverband »Der Paritätische« am 13.12.24 veröffentlichte. Demnach sind über 21 Prozent der Bevölkerung von Armut bedroht, wenn die hohe Mietbelastung mitberücksichtigt wird. Das sind über 5 Millionen Menschen mehr, als die gängige Armutsstatistik erfasst. Die AFD, die sich gerne rühmt, die »kleinen Leute« zu vertreten, rät seit Jahren: Wer arm ist, soll Eigentum bilden! Wer bisher dachte, dass gutes Einkommen und gewisses Eigenkapital Voraussetzung für Eigentumsbildung sind, wird von der AFD belehrt: »Wohlstand entsteht durch Wohneigentum«, heißt es im Wahlprogramm 2025. Der Staat solle dies mit Förderprogrammen unterstützen. Man reibt sich die Augen. Berlin verfügt über rund 2 Millionen Wohnungen; ca. 86 Prozent sind Bestandswohnungen. Rund 85 Prozent der Berliner*innen sind Mieter*innen. Der Woh-

nungsmarkt in Berlin ist »angespannt«; steigende Angebotsmieten prägen den Markt. Neubau kann den Mangel an bezahlbarem Wohnraum nicht kompensieren, denn Neubaumieten sind mehrheitlich unerschwinglich. Und der soziale Wohnungsbau erfolgt nur im Schnecken tempo. Wäre es da nicht logisch und absolut erforderlich, zunächst die Mieten im Wohnungsbestand auf einem bezahlbaren Niveau zu halten? Doch dies geht nicht mit der AFD, denn sie scheut jede Regulierung des Wohnungsmarktes, jeden staatlichen Eingriff gegen Mieterhöhungen, wie der Teufel das Weihwasser. Sie ist gegen die Verlängerung der Mietpreisbremse, die in 2025 ausläuft, wenn die kommende Bundesregierung sie nicht verlängert. Die Kappungsgrenzen für Mieterhöhungen bei laufenden Verträgen lehnt sie ab. Einen Mietenstopp oder gar einen Mietendeckel sind für die AFD undenkbar. Auch den sozialen

Wohnungsbau hält sie für zu teuer und für gescheitert. Über den notwendigen Erhalt von Bestandswohnungen durch Instandsetzung und Sanierung verliert sie kein Wort, wie auch nicht über notwendige energetische Sanierung zur Energieeinsparung. Folglich verliert sie auch kein Wort über eine mögliche Belastung der Mieter z. B. durch die Modernisierungsumlage. Die AFD propagiert die Entlastung von Immobilieneigentümern. Die Grundsteuer soll abgeschafft werden, die Grunderwerbsteuer für Selbstnutzer ebenfalls. Die Ausfälle beim Steueraufkommen der Kommunen soll der Bundeshaushalt ausgleichen. Mieterschutz und Preisregulierung hemmen laut AFD die Entwicklung des Marktes und die Entfaltung des Eigentums. Teure Mieten sollen über ein hohes Wohngeld subventioniert

werden. Der Staat würde so die ungebremste Mietexplosion finanzieren, was den Prozess weiter anheizen würde. Die AFD ist eine Anti-Mieter-Partei. Ihr Herz schlägt für die Seite des Eigentums. Wenn das die Lösung für die Krise am Wohnungsmarkt sein soll, dann kann man nur noch beten: Oh Herr, lass Geld vom Himmel regnen!



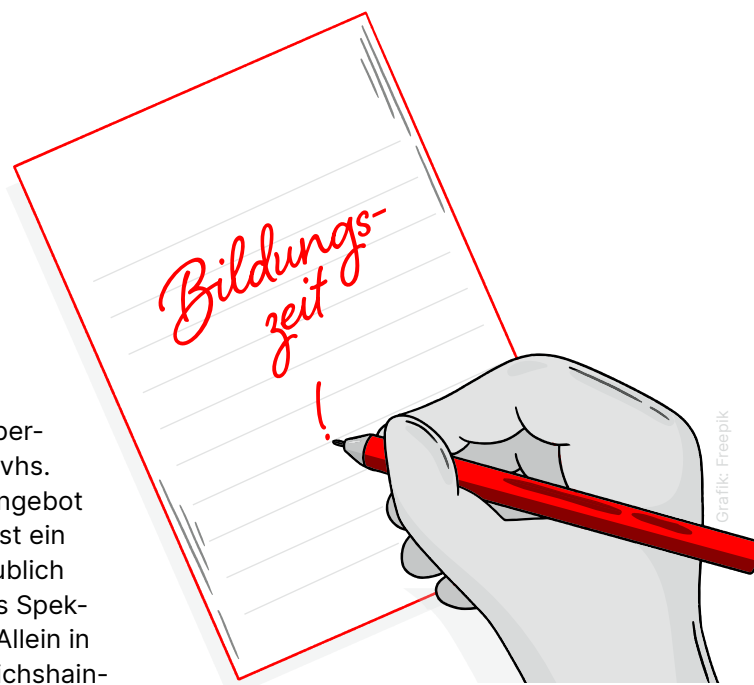
Gaby Gottwald,
Mitglied der BVV
Friedrichshain-Kreuzberg für Die Linke

Gute Vorsätze für 2025?

Liebe Leser*innen dieser Zeilen, aus aktuellem Anlass steht natürlich die Bundestagswahl im Februar im Zentrum dieser Ausgabe. Aber zu Beginn eines neuen Jahres stehen gute Vorsätze ja hoch im Kurs. Und nein, es soll hier nicht um zusätzliche Bewegung oder Ideen zur Gewichtsreduktion gehen. Ich möchte den Blick auf ein Angebot lenken, welches leider noch immer nicht ausreichend bekannt ist. Die Rede ist vom Anspruch auf Bildungszeit. Bildungszeit ist der Rechtsanspruch von Beschäftigten im Land Berlin auf Freistellung von der Arbeit zur Teilnahme an anerkannten Weiterbildungsveranstaltungen bei fortlaufender Entgeltzahlung. Im September 2021 wurde das Bildungsurlaubsgesetz vom Bildungszeitgesetz [BiZeitG] (GVBl. S. 849) abgelöst. Das Angebot kann für drei Maßnah-

men genutzt werden: für die politische Bildung, die berufliche Weiterbildung oder zur Qualifizierung für das Ehrenamt. Pro Jahr haben Berliner Vollzeitbeschäftigte einen Anspruch auf 5 Tage Bildungszeit, für die sie freigestellt werden können. Es gibt auch die Möglichkeit, die Bildungszeit des aktuellen Jahres mit der des Folgejahres zusammenzufassen. So können bis zu 10 Tage in einem Jahr in Anspruch genommen werden. Die Freistellung für anerkannte Bildungsmaßnahmen macht eine Teilnahme während der Arbeitszeit möglich. Das Arbeitsentgelt wird währenddessen weitergezahlt. Die Kosten des Kurses tragen Beschäftigte selbst. Angebote zur Bildungszeit finden sich in den allen Volkshochschulen der Berliner Bezirke. Entweder in den Programmen in Papierform

oder unter www.berlin.de/vhs. Das Angebot umfasst ein unglaublich breites Spektrum. Allein in Friedrichshain-Kreuzberg gibt es innerhalb des Schuljahres 2024/25 fast 250 Kurse. Ich habe mich gerade mit dem Thema »repräsentative Demokratie- von der BVV bis zum europäischen Parlament« beschäftigt. Inhaltlich toller Kurs mit tollen Mitstreiter*innen. Letztere trifft man nach meiner Erfahrung in solchen Kursen immer.



Meine Empfehlung:

Erweitern Sie Ihre guten Vorsätze für 2025. Gönnen Sie sich Bildungszeit! Es lohnt sich.



Regine Sommer-Wetter,
Mitglied der BVV Friedrichshain-Kreuzberg für Die Linke

Ein Haushalt für die Tonne

Der von CDU und SPD vorgelegt Nachtrags-haushalt für Berlin macht die Stadt unsozialer und sorgt trotzdem nicht für mehr Planungssicherheit in der Zukunft. Dafür zeigt sich einmal mehr die **fehlende Weitsicht** von Deutschlands Dauerregierungspar-teien und warum gerade in dieser Bundestagswahl eine Stimme für eine starke Linke so wichtig ist.

Als verfrühte Weihnachtsüber-raschung gab es im letzten Jahr von CDU und SPD den Sparhammer. Nötig wurde dies, weil die Koalition 2023 kurz nach der Wahl einen Haushalt für 2024 und 2025 aufstellte, in dem jeder zehnte enthaltene Euro real gar nicht zur Verfü-gung stand. Auf Nachfragen, wie man diese finanzielle Lücke schließen möchte, wurde zu Beginn des Jahres noch vom Finanzsenator auf eine positive Entwicklung der wirtschaftli-chen und finanziellen Situation gehofft. Dieses Luftschloss

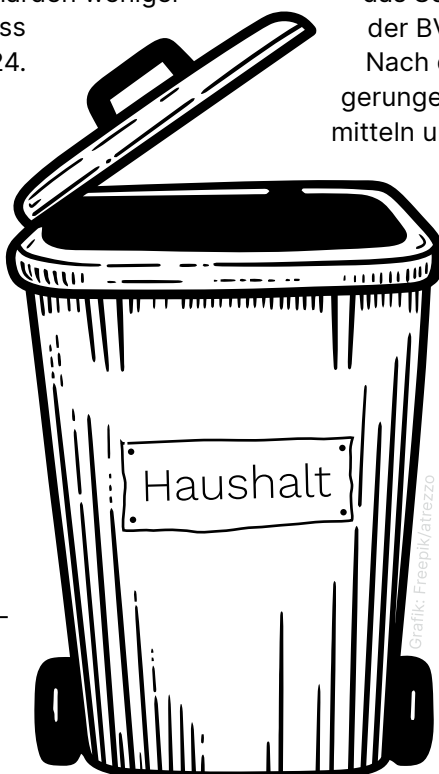
stürzte erwartungsgemäß relativ zügig in sich zusammen. 2024 schleppte sich die Koali-tion mit den Rücklagen der rot-grün-roten Vorgängerregierung gerade noch durch, aber dann waren alle Kassen leer und es musste gespart werden – und das auf lange Sicht. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass auch der Haushalt für das Jahr 2026 zwei Milliarden weniger beinhalten muss als der für 2024. Sparen an der Substanz Für Berlin hat dieses Haus-haltschaos gravierende Auswirkungen. Kurz vor Weih-nachten sind sozi-ale Träger gezwungen Mitarbeitende zu entlassen, Mieten zu kün-digen, ganze Projekte einzustel-len oder im

schlimmsten Fall sogar Insol-venz anzumelden. In der Kultur stehen viele Projekte vor dem Aus, Künstler*innen droht der Verlust ihrer Arbeitsräume. Einkommensschwachen Fami-lien wird der Zugang zur Kultur genommen, da die kostenlo-sen Museumssonntage der Geschichte angehören. Dazu

passend wird der Preis für das Sozialticket bei der BVG verdoppelt. Nach den Preisstei-gerungen bei Lebens-mitteln und Energie, ist

dies ein fatales Signal für den sozialen Zusammenhalt in der Stadt. Hier wird bei den normalen Menschen gekürzt, während man Immo-bilienspe-kulanten weiterhin vor höhe-ren Steuern schützt.

Mit der kommenden Bundes-tagswahl droht ganz Deutsch-land so ein Zustand. Das CDU-Bundestagswahlprogramm verteilt Steuergeschenke von 100 Milliarden Euro – haupt-sächlich für Großverdienern und Superreichen. Finanziert werden soll dies über das Wirtschaftswachstum, welches dafür bei 10 Prozent pro Jahr liegen müsste. So baut die CDU für den Bund sofort am nächs-ten Luftschloss, wie Anfang 2024 in Berlin. Aber niemand kann ein ernsthaftes Interesse daran haben, in ganz Deutsch-land so ein Chaos zu erle-ben. Es muss endlich Schluss sein mit den ganzen Steuer-geschenken für die oberen Zehntausend auf Kosten der hart arbeitenden Bevölkerung.



Grafik: Freepik/Arrezzo



Christian Arnd, Mitglied der Linken Friedrichshain-Kreuzberg

Schöni19 muss bleiben!

Wieder einmal besteht die Gefahr, dass ein zum Verkauf stehendes Haus in Kreuzberg der Spekulationsspirale zum Opfer fällt. Dabei sind die Voraussetzungen dafür, dass der Bezirk das Vorkaufsrecht zieht, aufgrund der Sanierungsbedürftigkeit des Wohnhauses gegeben. In der Schönleins-trasse 19 wird solidarisches Zusammenleben einer Haus-gemeinschaft seit Jahrzehnten praktiziert. Aber der derzei-tige Eigentümer möchte lieber rentabel an den Wiener Immobilienentwickler Winegg verkaufen, der für Luxussanie-rungen bekannt ist. Der Bezirk ist bereit, das Vorkaufsrecht

auszuüben, wenn der Senat die Finanzierung und den Ankauf über ein landeseigenes Woh-nungsunternehmen sicherstellt. Bausenator Gaebler lehnt dies wegen knapper Kassen ab. Dabei würde so langfristig bezahlbarer Wohnraum für Ber-lin gesichert und Verdrängung verhindert. Wie auf unsere Anfrage im Abgeordnetenhaus (Drucksache 19/20825) raus-kam, hat der schwarz-rote Senat trotz mehr Möglichkeiten nur zwei Mal die Anwendung des Vorkaufsrechts auf viel Druck von Zivilgesellschaft und uns umgesetzt: In der Weich-selstrasse 52 in Neukölln und beim Tuntenhaus in Prenz-

lauer Berg. Das reicht nicht aus! Wenn schon die Ampel mietenpolitisch ein Totalausfall war und weder einen bun-desweiten Mietendeckel noch eine effektive Mietpreisbremse einführt, muss wenigstens Berlin bestehende Handlungs-spielräume nutzen!



Elif Eralp, Mitglied im Abgeordnetenhaus für Die Linke



Pascal Meiser

Ihr Bundestagskandidat für Friedrichshain-Kreuzberg



Marshl Ceron

Pascal Meiser – Unser Kandidat für Friedrichshain-Kreuzberg!

Für Die Linke zieht Pascal Meiser bei der Bundestagswahl ins Rennen – verwurzelt, engagiert und nah an den Menschen. Kaum jemand ist so tief in Friedrichshain-Kreuzberg verankert wie er. Hier stellt er sich vor und erzählt, wofür er steht!

1975 wurde ich im Saarland geboren, doch mein Zuhause ist seit über 25 Jahren Friedrichshain-Kreuzberg. Nach Abschluss meines Studiums arbeitete ich für eine Gewerkschaft, als wissenschaftlicher Referent und koordinierte politische Kampagnen – zum Beispiel für mehr Personal in der Pflege. In Friedrichshain-Kreuzberg bin ich seit vielen Jahren aktiv: ob gemeinsam mit Mieterinitiativen für bezahlbare Wohnungen oder im ältesten Kreuzberger Fußballverein, der FSV Hansa 07. Darüber hinaus bin ich unter anderem Mitglied im Berliner Mieterverein, der Volkssolidarität, bei Pro Asyl, in der

VVN-BdA sowie in den Gewerkschaften ver.di und IG Metall. Von 2017 bis zur Wiederholungswahl im Februar 2024 war ich bereits Mitglied des Deutschen Bundestags. Dort kämpfte ich für höhere Löhne, bezahlbare Mieten, einen sozial gerechten Klimaschutz und für eine Wirtschaft, die den Menschen dient und nicht umgekehrt. Warum ich mich in diesen rauen Zeiten erneut als Kandidat in den Wind stellen will? Weil für mich Die Linke, auch wenn sie sicher nicht perfekt ist, nach diesem ganzen unfassbaren Ampel-Desaster die einzige wirkliche Hoffnung für einen neuen solidarischen Aufbruch

bleibt. Man stelle sich nur kurz vor, eine künftige »Große« oder schwarz-grüne Koalition unter Friedrich Merz bliebe ohne echte linke und soziale Opposition. Ein weiterer dramatischer Rechtsruck wäre wohl die Folge. Und ja, ich finde, unser besonderer Ost-West-Wahlkreis hat Besseres verdient, als weiter das Feigenblatt abzugeben für eine grüne Partei, die viele ihrer einstigen Ideale aufgegeben hat und auch in Friedrichshain-Kreuzberg viele Menschen enttäuscht hat. Mir ist es dabei sehr wichtig, im ständigen Austausch mit den Menschen zu bleiben und zu wissen, was Friedrichshain-Kreuzberg bewegt. Als direkt

gewählter Bundestagsabgeordneter will ich alles daransetzen, unserem ganz besonderen Wahlkreis wieder eine starke Stimme im Bundestag zu geben. Das alles geht nur gemeinsam und nicht allein. Dafür benötige ich auch Ihre Unterstützung.

Deshalb bitte ich Sie, nicht nur um die **Zweitstimme für meine Partei Die Linke**, sondern auch um Ihre **Erststimme für mich** persönlich als Ihr **direkt gewählter Abgeordneter** für Friedrichshain-Kreuzberg.



Löhne und Renten rauf, Mieten deckeln! Dafür kämpfe ICH!

Marshl Ceron

Sie wollen über meine Arbeit auf dem Laufenden bleiben?

Dann schauen Sie doch einfach ab und an auf meiner Webseite vorbei: www.pascal-meiser.de



Oder folgen Sie mir gerne auch in den sozialen Medien:

- X:** @pascalmeiser
- Instagram:** @pascal.meiser.36
- Bluesky:** pascalmeiser.bsky.social
- TikTok:** @pascal_meiser
- Facebook:** @pascalmeiser361

Frieden: Aufrüstungsspirale stoppen, in die Zukunft investieren



Weltweit steigt der Trend zur Aufrüstung. Auch in Deutschland explodieren die Rüstungsausgaben. Währenddessen fehlt an allen Ecken und Enden Geld für die dringend notwendigen Investitionen in die Zukunft, sind Brücken und Straßen kaputt, Schulen marode und immer mehr Krankenhäuser vor dem Kollaps. Dass es in Deutschland inzwischen ausgerechnet die Grünen sind, die mit am lautesten nach immer höheren Rüstungsausgaben rufen, lässt mich dabei immer wieder fassungslos zurück. Für mich ist klar: Diese Aufrüstungsspirale auf allen Seiten muss auf gestoppt werden. Zugleich muss endlich auch wieder stärker in Krisenprävention und Diplomatie investiert werden.

Löhne und Renten hoch: Ausbeutung und Armut bekämpfen



In Deutschland, in Berlin und gerade auch bei uns in Friedrichshain-Kreuzberg leben viel zu viele Menschen in Armut – und das in einem der reichsten Länder der Welt. Es läuft gewaltig etwas schief, wenn selbst Menschen, die hart Arbeit, mit dem Geld kaum über die Runden kommen, während sich Multimillionäre und Milliardäre immer reicher und mächtiger werden. Deshalb kämpfe ich für sichere

Arbeitsplätze, gute Arbeit und anständige Löhne, von denen man mit seiner Familie leben kann. Dazu braucht es mehr Tarifverträge, starke Gewerkschaften und eine Politik, die die Interessen der großen Mehrheit der hart arbeitenden Menschen in unserem Land nicht einfach beiseiteschiebt. Auch die Altersarmut nimmt weiter zu, weil die Ampel-Regierung aus SPD, Grünen und FDP die versprochene Stabili-

sierung des Rentenniveaus nicht umgesetzt hat. Das ist ein Skandal, der viele Menschen im Alter noch hart treffen wird. Ich will mich mit diesen Zuständen nicht abfinden. Deshalb setze ich mich für einen verlässlichen Sozialstaat ein, bei dem niemand zurückgelassen wird und der für Renten sorgt, von denen man auch im Alter gut leben kann.



**Dafür
steht
Pascal:**

Klimaschutz: richtig machen und endlich sozial gerecht gestalten



Der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und der Schutz des Klimas gehören zu den drängendsten Zukunftsaufgaben, wenn wir wollen, dass unser Planet für künftige Generationen lebenswert bleiben. Das darf aber nicht ausgerechnet zu Lasten derjenigen gehen, die ohnehin schon jeden Euro zweimal umdrehen müssen. Deshalb setze ich mich für umfassende öffentliche Investitionen in die Energiewende ein sowie in klimafreundliche und bezahlbare Verkehrsmittel für alle. Nur so kann Klimaschutz sozial gerecht umgesetzt werden.

Bezahlbares Wohnen:



Mieter*innen wirksam vor Verdrängung schützen Gemeinsam mit den Mieterinnen und Mietern in unserer Stadt kämpfe ich dafür, dass Wohnen für alle bezahlbar bleibt. Es ist beschämend, dass die Ampel-Regierung aus SPD, Grünen und FDP nicht einmal die in ihrem eigenen Koalitionsvertrag versprochenen bescheidenen Verbesserungen für Mieter*innen umgesetzt haben. Gerade in unserem Bezirk haben viele Menschen Angst vor den Folgen dieses Versagens. Als Abgeordneter will ich mich daher auch im Bundestag wieder für eine wirksame Deckelung der explodierenden Wohnungsmieten stark machen. Auch kleine Gewerbetreibende und

soziale Einrichtungen müssen endlich vor Verdrängung geschützt werden. Deshalb will ich mich auch im Bundestag wieder für ein soziales Gewerbemietrecht einsetzen, das alteingesessene Läden und Kneipen, genauso wie Kitas und Arztpraxen vor Verdrängung schützt. Ich werde mich zugleich weiter dafür einsetzen, den sozialen Wohnungsbau endlich wieder anzukurbeln und dauerhaft bezahlbaren Wohnraum durch die öffentliche Hand zu sichern. Auch deshalb unterstütze ich von Anbeginn das Volksbegehren »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« und erwarte, dass der Wille der großen Mehrheit der Berliner*innen endlich umgesetzt wird.

Solidarität statt Ausgrenzung: gegen jede Form von Diskriminierung



Friedrichshain-Kreuzberg steht für Vielfalt, Zusammenhalt und Weltoffenheit. Rassismus und Ausgrenzung haben in unserem Bezirk keinen Platz! Damit das so bleibt, dürfen wir nicht zulassen, dass Menschen einzig aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer Herkunft oder ihrer Religion diskriminiert werden. Besonders empört mich, wenn ungerecht diejenigen,

die dafür politisch verantwortlich sind, die realen Probleme in unserem Land zu lösen, die Schwächsten der Schwachen zu Sündenböcken für ihr Versagen zu machen. Ich setze mich stattdessen weiter für eine Gesellschaft ein, in der Menschen gleichberechtigt leben und teilhaben können unabhängig davon, wo sie herkommen, wen sie lieben oder wie alt sie sind.

Städtepartnerschaft Friedrichshain-Kreuzberg

Dêrik fordert nachhaltige Friedensperspektive in Nordsyrien

Der Sturz des Diktators Assad in Syrien im Dezember 2024 wurde von vielen Menschen in Syrien, aber auch von unseren Bürger*innen syrischer Herkunft gefeiert. Gleichzeitig blicken die Menschen in und aus Nordsyrien mit Sorge auf die Entwicklungen, denn noch ist es unklar, ob und wie es mit der islamistischen Miliz Hayat Tahrir al Sham (HTS) gelingen kann, eine Regierung unter Berücksichtigung aller Ethnien und Religionen aufzubauen. Denn von Demokratie, Völkerrecht und Gleichstellung von Frauen ist HTS noch Welten entfernt. In Nordsyrien, und damit auch für unsere Partnerstadt Dêrik gibt es noch weitere Herausforderungen. Das größte Problem sind die Machtambitionen des türkischen Präsidenten Erdogan in Syrien. Er möchte in Syrien mitregieren und vor allem das gesamte Gebiet der Selbstverwaltung von Nord- und Nordostsyrien unter seine Herrschaft stellen. Dazu bedient er sich einer radikal-islamistischen Miliz, der sogenannten »Syrischen Nationalen Armee«, die in Trainingslagern in der Türkei ausgebildet wurde und von der Türkei finanziert wird. Auch IS-Terroristen kämpfen in ihren Reihen. Stolz posieren sie mit dem IS-Symbol auf Fotos in den Reihen der SNA. Mit diesen Dschihadisten nutzte die türkische Regierung den Sturz des Assad-Regimes, um im Schatten der unsicheren Lage weitere Gebiete der Selbstverwaltung (AANES) zu besetzen. In den von der SNA neu besetzten Regionen Sheba und Minbic, in denen zehntausende Geflüchtete aus der 2018 von der Türkei besetzten Region Afrin im Nordwesten seitdem in Geflüchtetenlagern lebten, wurden schwere Menschenrechtsverletzungen begangen: Frauen und Kinder wurden entführt und Lösegeld gefordert. Patienten in Krankenhäusern wurden im Krankenbett erschossen. Nach wie vor besteht die Gefahr, dass durch diese Islamisten IS-Terroristen aus den Gefängnissen befreit werden, wenn weitere

Gebiete der Selbstverwaltung in ihre Hände fallen.

Zehntausende Geflüchtete im Gebiet der Selbstverwaltung

Seit Dezember sind zehntausende Menschen, überwiegend Kurd*innen in das Gebiet der Selbstverwaltung geflohen – auch nach Dêrik. Die Selbstverwaltung bat vergeblich um sofortige internationale Unterstützung, weil sie die vielen Geflüchteten nicht unterbringen und versorgen können. Es ist Winter in Nordsyrien und bitterkalt. 2024 hatte die Türkei in dem Gebiet vor allem die zivile Infrastruktur wie Strom- und Gaskraftwerke, Getreidesilos, Fabriken, Bäckereien, Molkereien, Zementwerke und anderes produzierendes Gewerbe sowie Krankenhäuser bombardiert und zerstört. Deshalb gibt es vor Ort keine Möglichkeit, schnell zusätzliche Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs für Geflüchtete bereitzustellen. Die medizinische Versorgung, die schon vor den Ereignissen im Dezember 24 katastrophal war, steht vor dem Kollaps. In den Städten haben sich Bürgerkomitees zur Versorgung der Geflüchteten gebildet. Wer kann, hat Familien bei sich aufgenommen, es wurden Kleider, Matratzen, Geschirr etc. gesammelt, um die Geflüchteten mit dem Nötigsten zu versorgen. Die Mobile Klinik, die der Städtepartnerschaftsverein mit der Frauenstiftung WJAS seit 2020 mit Spenden betreibt, unterstützt zusätzlich zur medizinischen Versorgung der Frauen und Kinder in den Dörfern bei Dêrik nun auch die geflüchteten Frauen und Kinder in der Region Dêrik.

Menschen in und aus Nordsyrien hoffen auf Unterstützung durch die Linke

In unserem Bezirk setzen wir uns auf kommunaler Ebene mit Mitgliedschaften und Spenden für die Städtepartnerschaft mit Dêrik, gemeinsam mit den GRÜNEN ein. Auf Bundes-

ebene verkennt die amtierende grüne Außenministerin in ihrem 8-Punkte-Plan jedoch, dass es keinen Frieden in Syrien geben kann, solange die Angriffe der Türkei-treuen islamistischen Milizen der SNA und des türkischen Militärs auf die Zivilbevölkerung im Norden Syriens andauern. Die in Nordsyrien lebenden Menschen und insbesondere die kurdisch geführten SDF-Kräfte haben im Kampf gegen den IS einen unermesslichen Blutzoll bezahlt. Sie haben durch ihren Einsatz die Welt ein Stück sicherer gemacht. Es wäre ein historisches Versagen und eine humanitäre Katastrophe, diese Menschen nun islamistischen Milizen und den geopolitischen Interessen der Türkei zu überlassen.

Die Linke im Bundestag wird gebraucht:

- Für die Aufnahme von Beziehungen zur Demokratischen Autonomen Administration Nord- und Ostsyriens (DAANES) mit dem Ziel der Anerkennung Selbstverwaltung in Deutschland und auf EU-Ebene.
- Die Würdigung der feministischen Errungenschaften in Nord- und Ostsyrien und die Förderung von Frauenrechten in ganz Syrien.
- Diplomatischen Druck, um die sofortige Einstellung aller Angriffe der Türkei auf Gebiete in Nordsyrien und auf das êzidische Siedlungsgebiet im irakischen Shingal zu bewirken.
- Die Wiederherstellung der territorialen Integrität Syriens sowie die Beendigung der türkischen Annexion der Grenzregionen Afrîn und Serêkaniyê, damit die Geflüchteten in ihre Heimatregion zurückkehren können.
- Die Wiederherstellung des Normalpegels des Euphrats und anderer aus der Türkei stammender Gewässer, um den Zugang zu Wasser und damit die Landwirtschaft und die Stromerzeugung wieder zu normalisieren.
- Die Aufarbeitung der von pro-türkischen Milizen und

der türkischen Armee in Nordsyrien begangenen Völkerrechts- und Kriegsverbrechen.

- Die Bemühung um eine international anerkannte Gerichtsbarkeit zur Aburteilung von IS-Mitgliedern sowie die Verantwortungsübernahme für betroffene Bundesbürger*innen aus den Gefangenenlagern, wie z. B. Al-Hol.
- Die sofortige Einleitung humanitärer Unterstützung sowie Hilfe zum zivilen Wiederaufbau.

Auch wenn das außenpolitische Themen sind, wir werden das immer wieder auch in der BVV thematisieren. Denn die deutsche Außenpolitik betrifft unsere Bürger*innen im Bezirk ganz direkt, sei es durch die Verschärfung der Asylgesetzgebung, der Diskriminierung durch die Bezahlkarte für Asylbewerber*innen oder die Kriminalisierung der demokratisch organisierten Kurd*innen. Wir möchten den Menschen aus der Region Schutzräume bieten, wo sie sich sicher für sich und ihre Rechte und die Anliegen ihrer Angehörigen im Heimatland engagieren können. Der Städtepartnerschaftsverein ist eine Möglichkeit.

Kontakt zur Städtepartnerschaft:

info@staepa-derik.org

Infos über die Arbeit des Vereins:

www.staepa-derik.org

Spendenkonto:

Städtepartnerschaft
Friedrichshain-Kreuzberg –
Dêrik e. V.
GLS-Bank
IBAN: DE54 4306 0967
1225 6804 00
BIC: GENODEM1GLS



Elke Dangeleit
Mitglied der BVV
Friedrichshain-Kreuzberg für Die Linke

Hafenplatz muss ein Pilotprojekt für behutsame Quartiersentwicklung werden

Am Hafenplatz spielt sich seit Jahren eine der typischen Investoren-Pokerpartien ab. Dort steht eine Wohnanlage aus den 1970er Jahren mit ca. 700 Wohnungen, meist kleinere Ein- und Zweiraumwohnungen mit vergleichsweise günstigen Mieten. Rund die Hälfte der Wohnungen werden gewerblich genutzt. Wegen der exklusiven Lage in direkter Nachbarschaft zum Potsdamer Platz wäre das Areal ein sicherer Hafen für Spekulation und satte Gewinne.

Sozial und ökologisch schädlich

Dass die vorhandenen Mieter*innen dabei Störfaktoren sind und ihre Wohnungen und ihr Zuhause verlieren würden? Für die Investoren kein Problem. Stattdessen sahen ihre im Januar 2024 vorgestellten Pläne den Totalabriss und eine überdimensionierte Neubebauung vor. Seit Jahren wird die Wohnanlage systematisch vernachlässigt. Für die

Mieter*innen ist diese Situation extrem belastend. Angesichts der Neubaupläne haben wir als Linke in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) darauf bestanden, dass der bis dato bezahlbare Wohnraum nicht den Verwertungsinteressen der Investoren zum Opfer fallen darf. Die Bestandsmieter*innen dürfen auf keinen Fall verdrängt werden. Auch auf den enormen ökologischen Schaden, den ein Totalabriss und eine komplette Neubebauung des Areals verursachen, haben wir hingewiesen. In Zeiten der Klimakrise müssen Umbau und Ertüchtigung des Bestandes gegenüber einer Neubebauung priorisiert werden.

Den Investoren das Heft aus der Hand nehmen

Zwischenzeitlich ist die Hedera Group als maßgebliche Eigentümerin nicht nur am Hafenplatz in schweres Fahrwasser geraten. Recherchen zahlreicher Medien zeichnen ein düsteres Bild ihres Geschäftsgebarens,

Staatsanwaltschaften ermitteln und auch die Bafin hat sich eingeschaltet. Die aktuelle Situation muss nun als Chance für ein eigenständiges bezirkliches Handeln genutzt werden: Der Bezirk muss jetzt selbst das Heft in die Hand nehmen. Deshalb haben wir in der BVV im Dezember einen Antrag zum Hafenplatz eingebracht. Darin fordern wir das Bezirksamt auf, Maßnahmen zur geordneten städtebaulichen Entwicklung des Areals einzuleiten. Dazu soll der Bezirk eine Rahmenplanung für die Entwicklung des Gebiets erstellen und sich beim Senat für den Erlass einer Vorkaufsrechtsverordnung einsetzen, um einen kommunalen Ankauf von Grundstücken am Hafenplatz zu ermöglichen.

Pilotprojekt für soziale und ökologische Stadtentwicklung

Die Rahmenplanung soll städtebauliche Ziele und Maßnahmen für eine behutsame Entwick-

lung des Quartiers formulieren. Das heißt: eine soziale Wohnraumversorgung und den Verbleib der Bestandsmieter*innen sichern und einen ökologisch nachhaltigen Umgang mit Bausubstanz und Freiflächen zum Ziel haben. Wir wollen die Entwicklung des Hafenplatzes zu einem positiven Pilotprojekt für unseren Bezirk und unsere Stadt machen!

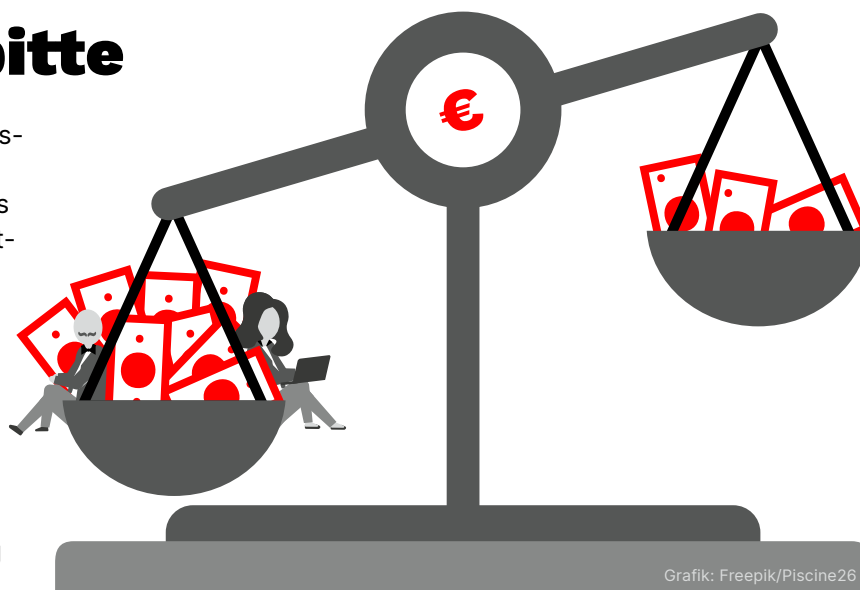


Kerima Bouali
Mitglied der BVV
Friedrichshain-Kreuzberg für Die Linke

Superreiche zur Kasse bitte

Die Vermögensungleichheit in Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten dramatisch zugenommen. Während ein Großteil der Bevölkerung mit steigenden Lebenshaltungskosten kämpft, konzentriert sich der Wohlstand immer stärker in den Händen weniger Millionäre und Milliardäre. Diese Ungleichheit ist nicht nur ungerecht, sondern auch eine Gefahr für den sozialen Zusammenhalt und die demokratische Stabilität. Es braucht also dringend eine Umverteilung von oben nach unten, damit der von uns allen erarbeitete Reichtum nicht in den Händen weniger bleibt. Das Problem beginnt bereits damit, dass die tatsächlichen Vermögensverhältnisse der Reichsten kaum bekannt sind. Deshalb fordert Die Linke öffentlich einsehbares Finanzregister, das die wahren Vermögenswerte offenlegt. Es braucht allerdings auch eine

Vermögenssteuer, die die reichsten 2,5 Prozent der Bevölkerung belastet, da sich dort das allermeiste Vermögen konzentriert. Ein weiterer Baustein ist eine einmalige Vermögensabgabe, wie sie bereits nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführt wurde und im Grundgesetz verankert ist. Mit dieser Maßnahme sollen die reichsten 0,7 Prozent der Bevölkerung einmalig mit bis zu 30 Prozent ihres Vermögens belastet werden. Diese Abgabe, die auf 20 Jahre gestreckt werden kann, könnte mindestens 310 Milliarden Euro einbringen – ein dringend benötigter Betrag, um zum Beispiel die maroden Straßen und Schienen sowie das kaputtgesparte Gesundheitssystem zu sanieren. Parallel dazu wollen wir niedrige und mittlere Einkommen entlasten, während sehr hohe Einkommen stärker besteuert werden.



Grafik: Freepik/Piscine26

Als Orientierung gilt: Wer weniger als 6.500 Euro brutto im Monat verdient, zahlt künftig weniger Steuern. Für die Superreichen, die von steuerfreien Erbschaften und Schenkungen profitieren, fordern wir hingegen höhere Steuersätze und reduzierte Freibeträge.

Unser Ziel ist klar: Eine gerechtere Verteilung des Wohlstands, in der alle ihren fairen Beitrag leisten. Vermö-

gensungleichheit ist kein Naturgesetz – sie kann überwunden werden. Was wir brauchen, ist der politische Wille und der Mut, endlich gerechte Regeln zu schaffen.



Yvonne Elfriede Hein,
Mitglied im Bezirksvorstand der Linken Friedrichshain-Kreuzberg

Termine

Der Rote Laden

Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030/4262687
E-Mail: info@dielinke-fk.de

Bürozeiten:

Montag: 9.00–16.00Uhr,
Dienstag & Donnerstag: 10.00–18.00 Uhr,
Mittwoch: 11.00–18.00 Uhr,
Freitag: Geschlossen

Veranstaltungen Januar / Februar 2025

Politischer Neujahrsempfang der Linken Friedrichshain-Kreuzberg
So., 12.01. ab 16:00 Uhr im »aquarium«
(Skalitzer Straße 6)

»Dein erstes Mal ... Wahlkampf für Die Linke«. Wahlkampftreffen für Neumitglieder. Einsteiger*innenfreundlich.
Mi., 15.01., ab 18:00 Uhr im Roten Laden

Regelmäßig Wahlkampffaktionen der Ortsverbände.

Dazu gerne im Roten Laden oder bei den einzelnen Ortsverbänden anfragen.

Wahlkreisbüro Elif Eralp, MdA

Zeughofstraße 22, 10997 Berlin
Telefon: 030/69507925
E-Mail: buero@elif-eralp.de

Bürger*innensprechstunde:

Mo., 20.01. und 17.02. 16:00–18:00 Uhr

Aufenthaltsrechtliche Beratung:
Do., 23.01. und 20.02., 16:00–18:00 Uhr

Kostenlose mietrechts-, sozialrechts- und arbeitsrechtliche Erstberatung: Do., 30.01. und 27.02., 16:00–18:00 Uhr

Kontakt Damiano Valgolio, MdA

»Centro Sociale« (Wahlkreisbüro)
Richard-Sorge-Straße 69a, 10249 Berlin
Telefon: 0179/5454784
E-Mail: wahlkreis@valgolio.de

Bürger*innensprechstunde:

Mi., 22.01. und 19.02., jeweils von 15:00–17:00 Uhr, um Anmeldung wird gebeten

Kostenlose Rechtsberatung:

Do., 23.01. und 20.02., jeweils 15:00–17:00 Uhr, um Anmeldung wird gebeten

Bürgerbüro Steffen Zillich, MdA

Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030/42801476
E-Mail: buero@zillich.berlin

Kostenlose Miet- und Sozialrechtsberatung

mit Rechtsanwalt Gerd-Peter Junge und Kolleg*innen (Anmeldung erforderlich): Do., 09.01. und 13.02., jeweils 14:00–16:00 Uhr

OV Friedrichshain Südost

■ Mitgliedertreffen: 06.01., 20.01., 03.02. sowie 17.02., 19:00 Uhr, Roter Laden

OV Friedrichshain Nordost

■ Mitgliedertreffen: Do., 16.01., 06.02. sowie 20.02., jeweils 19:00 Uhr, Roter Laden

OV Friedrichshain West

■ Mitgliedertreffen:
Wegen Wahlkampf auf Anfrage

OV Kreuzberg

■ Mitgliederversammlung: Do., 06.02., 19:00 Uhr im Familiengarten
■ Social Media AG Kreuzberg: Mi., 22.01. und 19.02., jeweils 19:00 Uhr als Video-konferenz, erfragen über kreuzberg@dielinke-fk.de

Die Internationale

Linker Lieder-Treff

zum Mitsingen, Mitsummen und Zuhören

mehr

Es gibt wahnsinnig viele gute linke Lieder, aber man hört und singt sie viel zu selten? Wer das auch so sieht, ist beim monatlichen Linken Lieder-Treff willkommen!

Von alten Arbeiterliedern bis zu modernen Songs, von Brecht und Eisler über Joan Baez und Ton, Steine, Scherben bis zu den Ärzten singen wir alles, was uns gefällt und Kraft gibt – im Wahlkampf, im Alltag und überhaupt. Wir sind kein Chor, niemand muss »singen können«, und auch Zuhören ist in Ordnung.

Jeden dritten
Mittwoch im Monat

18:00 Uhr bis
19:15 Uhr

im Wahlkreisbüro
von Damiano Valgolio
»Centro Sociale«
Richard-Sorge-Str. 69a,
10249 Berlin

Bei Fragen:

Ulrike Müller, ulam@posteo.de, 030-25207981

Bitte unterstütze

Die Linke in Friedrichshain-Kreuzberg

AKTIV!

Mitglied werden



[www.die-linke.de/
mitmachen/
mitglied-werden](http://www.die-linke.de/mitmachen/mitglied-werden)

Spenden an Die Linke LV Berlin



IBAN: DE59 100708480525607803
Betreff: Spende FK + Name + Adresse

Die Linke

Friedrichshain-
Kreuzberg

Impressum:

Redaktionsschluss: 02. Januar 2025
Herausgeberin: Die Linke Friedrichshain-
Kreuzberg, Tel: 030/4262687
Gedruckt auf Recyclingpapier.

www.dielinke-fk.de
www.facebook.com/dielinke.fk
Instagram: @dielinke.fk

info@dielinke-fk.de
Redaktion: Yvonne Hein (V.i.S.d.P.),
Damiano Valgolio

Kontakt Fraktion Die Linke in der BVV Friedrichshain-Kreuzberg:

Yorckstraße 4–11, 10965 Berlin
Telefon: (030) 90298-2599
E-Mail: fraktion@linke-kommunal.de